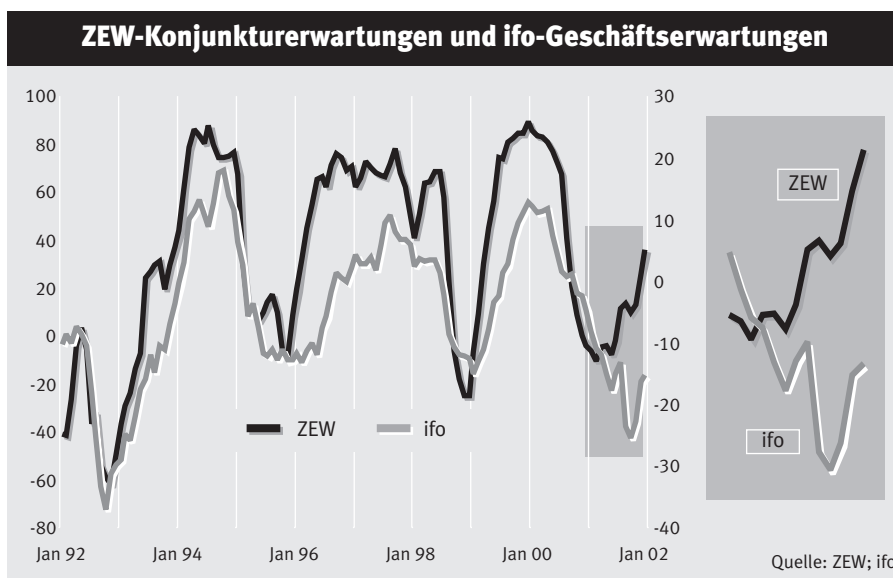


ZEW-Konjunkturerwartungen erneut bestätigt: Talsohle durchschritten

Die Konjunktur in Deutschland sollte sich im ersten Quartal 2002 stabilisieren und die Talfahrt damit zunächst beendet sein. Nachdem bereits im Sommer 2001 die ZEW-Konjunkturerwartungen, die auf einer monatlichen Befragung von etwa 350 Analysten und institutionellen Anlegern beruhen, ihren Tiefpunkt hinter sich gelassen haben, deuten nun auch andere Frühindikatoren auf eine wirtschaftliche Trendwende hin.



■ Ökonometrische Analysen (siehe ZEW Discussion Paper Nr. 04-01) haben gezeigt, dass die ZEW Konjunkturerwartungen der deutschen Industrieproduktion um bis zu sechs Monate vorauslaufen. Da der Index seinen Tiefpunkt ab dem 3. Quartal 2001 überschritten hatte, dürften zu Beginn des neuen Jahres wieder positive Nachrichten von der Konjunktur zu vermelden sein. Freilich hat der Indikator erst in den vergangenen zwei Monaten an Dynamik hinzugewonnen, was dafür spricht, dass zunächst mit einer konjunkturellen Stabilisierungsphase zu rechnen ist, bevor

es etwa im zweiten Quartal zu einer etwas stärkeren Erholung kommt.

Diese Einschätzung scheinen nun vermehrt auch andere Frühindikatoren zu bestätigen: So stiegen die ifo Geschäftserwartungen, die ein Bestandteil des ifo Geschäftsklimas sind, im November 2001 ebenfalls. Die Auswirkungen des 11. September auf die deutsche Konjunktur scheinen demnach nicht so stark auszufallen, wie zunächst von einigen Seiten befürchtet worden war. Unterstrichen wird diese Einschätzung von der Börsenentwicklung, die meist gute Vorlaufeigenschaften für die zukünftige Wirtschafts-

entwicklung hat und daher auch häufig Bestandteil von konjunkturellen Frühindikatoren ist. So stieg der deutsche Aktienindex DAX im 4. Quartal 2001 um rund 22 Prozent. Da die Marktakteure im heutigen Kursniveau langfristige Erwartungen über die künftige Entwicklung der Unternehmensgewinne diskontieren, sollte die Börsenentwicklung auch aus theoretischen Überlegungen heraus einen Vorlauf zur Konjunktur haben. Auch die Zinsstrukturkurve, die Differenz zwischen lang- und kurzfristigen Zinsen, ist ein guter, allerdings sehr langfristig ausgerichteter Frühindikator für die Konjunktur. Im Eurogebiet hat sich der Abstand zwischen lang- und kurzfristigen Zinsen seit dem 2. Quartal 2001 ständig ausgeweitet und erreicht inzwischen wieder einen historisch gesehen durchschnittlichen Wert.

In dieser Ausgabe

ZEW-Konjunkturerwartungen	1
Kommunaler Steuerwettbewerb	3
Konjunktur bei unternehmensnahen Dienstleistern	4
Wirtschaftspolitik aus erster Hand: Bundesminister Walter Riester	5
ZEW-Seminar	2
ZEW-Termine	2, 6
ZEW-Neuerscheinungen; ZEW-Intern	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

ZEW-Forschungsergebnisse

Hinzu kommt, dass auch Konjunkturbarometer aus den USA ihren Boden bereits gefunden haben. Der vielbeachtete NAPM-Einkaufsmanagerindex steigt ebenfalls schon seit einigen Monaten, lediglich unterbrochen durch einen kräftigen Knick infolge des 11. Septembers. Dieser temporäre Einbruch des NAPM-Indikator wurde jedoch schnell korrigiert. Inzwischen knüpfen die neuen Indikatorwerte wieder an die positive Trendentwicklung der Sommermonate 2001 an. Eine Verbesserung der US-Konjunktur,

wie sie beispielsweise der NAPM Indikator prognostiziert, würde auch die deutsche Wirtschaftsentwicklung positiv beeinflussen. Dies stützt die Aussagen der Frühindikatoren für Europa und Deutschland in Bezug auf eine baldige Trendwende.

Nachdem die ZEW-Konjunkturerwartungen bereits frühzeitig im Frühjahr 2000 Warnsignale für die Konjunktur zeigten und damit den Konjunkturabschwung ankündigten, scheinen die positiven Zeichen, die der Indikator nun seit

Monaten gibt, auch von anderen Frühindikatoren der deutschen Konjunktur nachvollzogen zu werden, insbesondere auch von den ifo-Geschäftserwartungen. Dies bestätigt eine weitere Erkenntnis der oben erwähnten ökonometrischen Analyse: Dass nämlich die ZEW Konjunkturerwartungen einen Vorlauf vor den ifo-Geschäftserwartungen haben und damit früher als diese die realwirtschaftlichen Tendenzen vorhersagen. ◀

*Felix Hüfner, hufner@zew.de;
Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de*

ZEW-Seminar

Erfahrungsgüter und Switching Costs

■ Im November 2001 hielt Toker Doganoglu, Ph.D., im Rahmen eines Forschungsaufenthalts am ZEW einen Vortrag zum Thema „Experience Goods, Switching Costs and Dynamic Price Competition“. Doganoglu leitet das Zentrum für Informations- und Netzwerkökonomik der Universität zu Kiel, dem das ZEW für seine Forschung anonymisierte Daten der Mannheimer Innovationspanels zur Verfügung gestellt hat.

Doganoglu beschäftigte sich in seinem Vortrag mit den Bedingungen, unter denen Konsumenten im Zeitverlauf zwischen verschiedenen angebotenen Produkten wechseln. Er betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung, die der

im Konsum gewonnenen Erfahrung über die von vornherein nicht vollständig bekannte Qualität eines Produktes zukommt. Man spricht in diesem Zusammenhang von Erfahrungsgütern (experience goods). Doganoglu modelliert in einem spieltheoretischen Ansatz den Markt für ein solches Produkt als dynamisches Duopol mit unendlichem Zeithorizont und unterstellt zwei überlappende Generationen von Konsumenten, eine alte und eine junge Generation. Der Wechsel von einem Produkt zum anderen verursacht den Konsumenten Kosten (switching costs).

Doganoglu ermittelt ein intertemporales Gleichgewicht, in dem ein Konsum-

wechsel zwischen den Produkten in beide Richtungen möglich ist. Es gelingt ihm, Bedingungen aufzuzeigen, unter denen die Preise niedriger sind als auf Märkten, in denen der Wechsel zwischen den Produkten keine Kosten verursacht. Sind die Preise niedriger, sinkt jedoch die Profitabilität beider Unternehmen und der Wettbewerb nimmt als Folge davon zu. Damit beweist Doganoglu, dass Kosten des Konsumwechsels zwischen Produkten nicht notwendigerweise den Wettbewerb behindern, wenn man berücksichtigt, dass die Konsumenten erst im Konsum selbst Erfahrungen über die Qualität eines Produktes gewinnen. ◀

Information: Dr. Norbert Janz, janz@zew.de

ZEW-Termine

■ Mannheimer Wirtschafts- und Währungsgespräche

Termin: 20. Februar 2002, Thema: Intelligent Scoring und Rating im Kontext von Basel II

Referent: Dr. Karsten Fuser (Ernst&Young Deutsche Allgemeine Treuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft)

Information: Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, E-Mail grittmann@zew.de

■ ZEW-Konferenz: Indizes und die Messung von Qualitätsänderungen

Termin: 25.-26. April 2002

Die Konferenz, die das ZEW mit Unterstützung des Statistischen Bundesamts und Eurostat organisiert, handelt von dem Einfluss von Qualitätsänderungen und neuen Produkten auf die Messung von Preisindizes. Ziel der Konferenz ist es, Statistiker und andere Berufsgruppen, die sich mit Preisstatistiken beschäftigen, zusammenzubringen. Neuere wissenschaftliche Erkenntnisse zum Thema Qualitätsmessung werden dabei genauso diskutiert wie Erfahrungen aus dem täglichen Umgang mit angewandten Statistiken.

Information: Dietmar Moch, Telefon 0621/1235-187, Fax -170, E-Mail moch@zew.de

ZEW-Forschungsergebnisse

Kommunaler Steuerwettbewerb: Wieso ist die Gewerbesteuerlast so hoch?

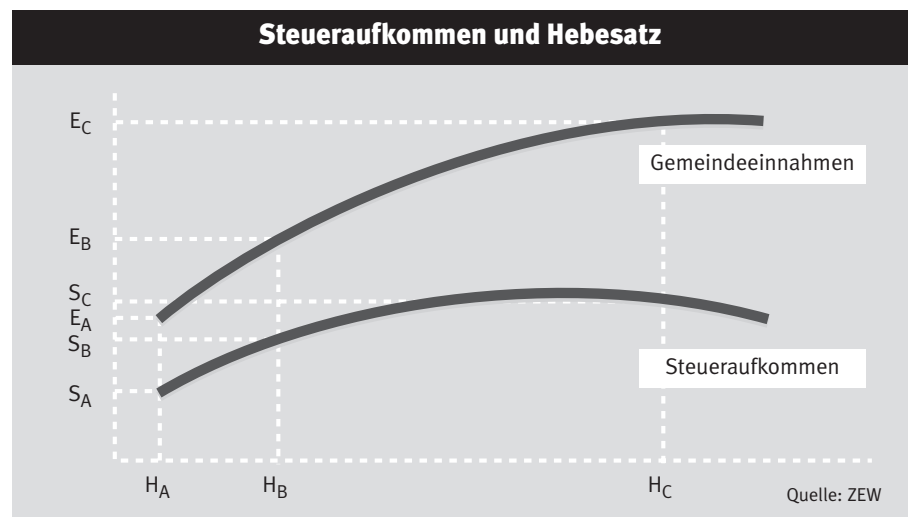
Warum führt der kommunale Steuerwettbewerb nicht zu geringeren Hebesätzen bei der Gewerbesteuer? Dies lässt sich auf den Steuerverbund und den kommunalen Finanzausgleich zurückführen, wie eine aktuelle ZEW-Studie zeigt.

■ Der Steuerwettbewerb bei der Gewerbesteuer ist wesentlich vom kommunalen Finanzausgleich und dem Steuerverbund geprägt, da die vertikalen und horizontalen Umlagen und Finanzausweisungen an der gemeindlichen Steuerkraft und damit an der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer anknüpfen. Aus Sicht der Gemeinde ist damit nicht nur der Gewerbeertrag von der Wahl des Hebesatzes abhängig, sondern auch der Umfang der zu leistenden Umlagen und der erhaltenen Zuweisungen.

Der Zusammenhang zwischen Finanztransfers und gemeindlicher Steuerpolitik lässt sich anhand einer so genannten Laffer-Kurve erläutern, die für jeden Hebesatz das zugehörige Steueraufkommen angibt. Eine Gemeinde mit einem Hebesatz H_A erzielt demnach ein Aufkommen S_A . Erhöht die Gemeinde ihren Hebesatz auf H_B , ergibt sich ein Aufkommen S_B . Je nach Krümmung der Steueraufkommensfunktion ist das resultierende Steueraufkommen größer oder kleiner. In der Krümmung kommt die Verschlechterung der Standortbedingungen zum Ausdruck: Je höher der Hebesatz, desto stärker wandert das besteuerte Gewerbe ab und desto geringer steigt das Steueraufkommen. So steigt das Steueraufkommen bei einer weiteren Hebesatzerhöhung nur noch wenig, und ab einer gewissen Höhe des Hebesatzes fällt das Steueraufkommen bei weiteren Steuererhöhungen sogar. Bei einem Hebesatz H_C könnte die Gemeinde also den Hebesatz senken und trotzdem ein höheres Aufkommen erzielen.

Fiskalische Nebenwirkungen

Empirische Untersuchungen des ZEW belegen, dass die Gemeinden einen derart hohen Hebesatz wählen. Dies erklärt sich aus dem Zusammenwirken von Ge-



werbsteuerumlage, Kreisumlage und dem gemeindlichen Finanzausgleich. Zwar würde eine Gemeinde von der Reduktion des Gewerbesteuersatzes profitieren, wenn Steuerkraft und Aufkommen steigen. Jedoch führt die vermehrte Steuerkraft auch zu vermehrten Leistungen und zu geringeren Zuweisungen. Diese fiskalischen Nebenwirkungen der veränderten Steuerkraft sind von erheblichem Ausmaß. Am Beispiel Baden-Württemberg lässt sich zeigen, dass einer Gemeinde von einem zusätzlichen Euro Gewerbesteuerkraft nach Finanzausgleich nur etwa 20 Cent verbleiben. 80 Cent werden durch erhöhte horizontale und vertikale Nettoleistungen abgeschöpft. Ähnliche Regelungen wie in Baden-Württemberg finden sich auch in den anderen Bundesländern.

Konsequenz der Umlagen und des kommunalen Finanzausgleichs ist, dass die Gemeinden sich nicht am Bruttoaufkommen der Gewerbesteuer orientieren, sondern vielmehr an ihren Nettoeinnahmen, also der vereinnahmten Gewerbesteuer abzüglich von Umlagen und zu-

züglich der Zuweisungen. In der Grafik ist dies durch die obere Kurve abgebildet. Erhöht die Gemeinde ihren Hebesatz von H_A auf H_B , fällt der resultierende Anstieg der Gemeindeeinnahmen in Höhe von $E_B - E_A$ größer aus als der Anstieg des eigentlichen Gewerbesteueraufkommens $S_B - S_A$. Und selbst bei einem Hebesatz in Höhe von H_C lohnt es sich, rein fiskalisch gesehen, den Hebesatz noch weiter zu erhöhen.

Obschon die Umlagen und der kommunale Finanzausgleich die Gemeinden somit dazu veranlassen, höhere Hebesätze zu wählen, wäre es vorschnell, auf eine überhöhte Besteuerung zu schließen. Geht man davon aus, dass ungehemmter kommunaler Steuerwettbewerb zu einer insgesamt zu niedrigeren Besteuerung führt, lässt sich die an der gemeindlichen Steuerkraft ansetzende Umverteilung als Korrekturmechanismus auffassen, der das Funktionieren des kommunalen Steuerwettbewerbs unterstützt. In jedem Fall muss die Anreizwirkung der fiskalischen Umverteilung bei der Reform der Gewerbesteuer berücksichtigt werden. ◀

Dr. Thiess Büttner, buettner@zew.de

ZEW-Forschungsergebnisse

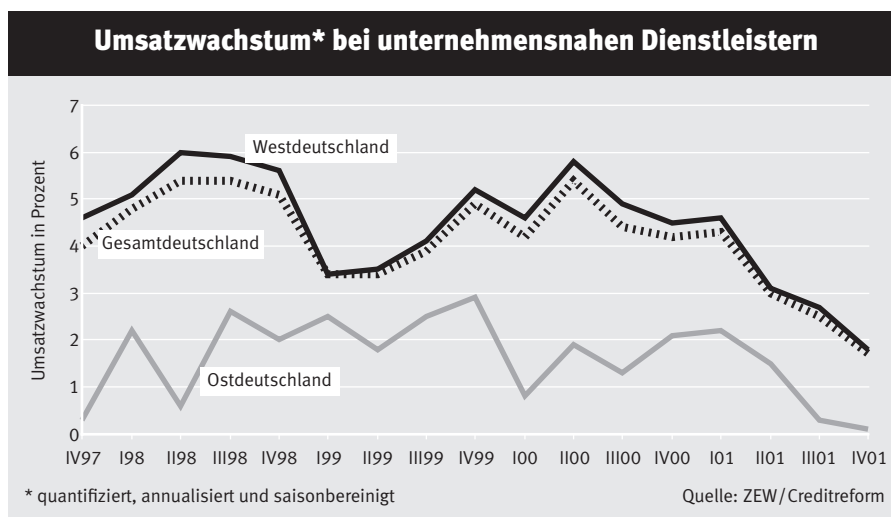
Ende des Abschwungs bei unternehmensnahen Dienstleistern in Sicht ?

Der Wirtschaftszweig der unternehmensnahen Dienstleister weist im vierten Quartal 2001 eine saisonbereinigte jährliche Umsatzwachstumsrate von 1,7 Prozent auf. Damit hat sich die seit Jahresbeginn anhaltende konjunkturelle Abwärtsbewegung fortgesetzt. Die Erwartungen deuten jedoch zumindest für Westdeutschland darauf hin, dass die Talsohle bald erreicht ist.

■ Diese Ergebnisse gehen aus einer Konjunkturumfrage bei unternehmensnahen Dienstleistern hervor, die das ZEW in Zusammenarbeit mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im Dezember 2001 durchgeführt hat. An dieser Umfrage beteiligen sich vierteljährlich rund 1.000 Unternehmen aus folgenden Branchen: Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architektur, technische Planung und Beratung, Kfz-Vermietung, Maschinenvermietung, Speditions- und Logistikunternehmen, EDV-Dienstleistungen, Werbeagenturen sowie Unternehmen der Abfallwirtschaft.

Bei den westdeutschen unternehmensnahen Dienstleistern ist die saisonbereinigte jährliche Umsatzwachstumsrate von 2,7 Prozent im dritten Quartal auf 1,8 Prozent im vierten Quartal gesunken. Bei den ostdeutschen unternehmensnahen Dienstleistern ist die Umsatzwachstumsrate mit 0,2 Prozentpunkten zwar nur relativ leicht gesunken. Dies allerdings vor dem Hintergrund eines stagnierenden saisonbereinigten jährlichen Umsatzwachstums von nur 0,1 Prozent im vierten Quartal 2001. Auch die Entwicklung der übrigen Geschäftsfaktoren spiegelt die schlechte konjunkturelle Lage bei den unternehmensnahen Dienstleistern wider. Im vierten Quartal 2001 berichten mehr Unternehmen von gefallener als von gesteigener Nachfrage im Vergleich zum Vorquartal. Ebenso berichten mehr Unternehmen von gesunkenen Preisen und Erträgen. Dies wirkt sich insbesondere bei den ostdeutschen Dienstleistern auf die Beschäftigung aus. Hier berichten wesentlich mehr Unternehmen von einem Stellenabbau als von Neueinstellungen.

Die nahe Zukunft sehen zumindest die westdeutschen unternehmensnahen



Dienstleister optimistisch. Sie erwarten, dass sich Nachfrage, Umsatz und Ertrag im ersten Quartal 2002 verbessern werden. Die ostdeutschen Dienstleister hingegen erwarten eine weitere Verschlechterung dieser Geschäftsfaktoren.

Branchenbetrachtung

Die einzelnen Branchen der unternehmensnahen Dienstleister sind von der rückläufigen gesamtwirtschaftlichen Konjunktur unterschiedlich stark betroffen. Stabil zeigen sich die EDV-Dienstleister, die Dank steigender Nachfrage ihren Umsatz gesteigert und dadurch ihren Ertrag gehalten oder sogar verbessert haben. In dieser Branche ist auch der Anteil der Unternehmen, die von Personaleinstellungen berichten, überdurchschnittlich hoch. Auch bei den Fahrzeugvermietern berichten wesentlich mehr Unternehmen von steigenden als von fallenden Umsätzen. Die Erträge sind zwar auch in dieser Branche mehrheitlich gefallen, jedoch ist der Anteil der Unternehmen, die für das erste Quartal 2002

steigende Erträge erwarten, überdurchschnittlich hoch.

Von der schlechten konjunkturellen Lage besonders stark betroffen sind die Maschinenvermieter. In dieser Branche ist der Anteil der Unternehmen, die von gesunkenem Umsatz berichten, überdurchschnittlich hoch. Die Nachfrage ist erheblich zurückgegangen und die Unternehmen berichten mehrheitlich von gesunkenen Erträgen. Entsprechend ist in dieser Branche der Personalbestand im vierten Quartal 2001 am stärksten zurückgegangen.

Hinsichtlich der Erwartungen für das erste Quartal 2002 sind neben den Fahrzeugvermietern auch die Unternehmensberater sowie die Steuerberater und Wirtschaftsprüfer besonders optimistisch. Mit sinkenden Erträgen rechnen dagegen insbesondere die vom Baugewerbe abhängigen Wirtschaftszweige, nämlich Architektenbüros und Unternehmen der technischen Beratung und Planung sowie die Unternehmen der Abfall- und Abwasserentsorgung.

Margit Vanberg, vanberg@zew.de

ZEW-Vortragsreihe

Job-AQTIV-Gesetz aus erster Hand

Am 21. Januar 2002 sprach Walter Riester, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, am ZEW zum Thema „Das Job-AQTIV-Gesetz“. ZEW-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Franz konnte rund 250 Gäste zu dieser Veranstaltung im Rahmen der Vortragsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ begrüßen.

■ Riester unterschied in seinem Vortrag zwischen Beschäftigungspolitik und Arbeitsmarktpolitik. Ziel der Beschäftigungspolitik, die auch Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik beinhalte, sei es, Arbeitsplätze zu schaffen. Die Aufgabe von Arbeitsmarktpolitik dagegen sei es, möglichst schnell den Transfer von Arbeitslosen in Arbeit zu organisieren.

Ein wichtiges Anliegen der Arbeitsmarktpolitik sei, Verbesserungen am Arbeitsmarkt für die Bevölkerungsgruppen zu erreichen, die auch bei gutem Wirtschaftswachstum in der Regel schlechte Aussichten auf einen Arbeitsplatz hätten. Zu diesen Gruppen gehörten beispielsweise Jugendliche und Schwerbehinderte. Für sie habe die Bundesregierung seit 1998 spezielle Programme gestartet oder gesetzliche Regelungen geschaffen, mit deren Hilfe mehr Menschen zu einer Arbeitsstelle verholfen werden solle. Vor allem bei den Jugendlichen habe man auch beachtliche Erfolge erzielt.

Eine weitere Bevölkerungsgruppe, die nicht automatisch bei guter Wirtschaftslage einen Arbeitsplatz finde, seien die Langzeitarbeitslosen. Um ihnen Arbeit zu vermitteln, sei das Job-AQTIV-Gesetz konzipiert worden. Dieses Gesetz, das seit Anfang dieses Jahres gelte, zeige schon in seinem Namen, für welche Zielsetzungen es stehe: Aktivierung, Qualifizierung, Training, Investition und Vermittlung.

Fokus auf Arbeitsvermittlung

Den Kern des Job-AQTIV-Gesetzes bilde die schnelle und verbindliche Arbeitsvermittlung von Langzeitarbeitslosen. Riester betonte, dies sei das wichtigste Instrument der Arbeitsmarktpolitik und nicht die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die in der öffentlichen Diskussion einen unangemessen breiten Raum einnehmen. Nach Maßgabe des Job-AQTIV-Gesetzes würden zu Beginn einer Vermittlungstätigkeit die Arbeitsämter gemeinsam mit dem



Bundesarbeitsminister Walter Riester bei seinem Vortrag am ZEW.

Arbeitslosen dessen Bewerberprofil ermitteln, in dem Merkmale wie Qualifikation und Berufserfahrung, aber auch Vermittlungshemmnisse festgehalten würden. Auf Grundlage des Bewerberprofils werde eine Eingliederungsvereinbarung erstellt, die auf die Situation des Arbeitslosen zugeschnittene Schritte zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und Angebote des Arbeitsamts enthalte. Köne dem Arbeitslosen nach sechs Monaten kein Arbeitsplatz vermittelt werden, so dürfe er Hilfe privater Vermittler in Anspruch nehmen. Neu sei, dass bei der Vermittlung von Anfang an alle arbeitsmarktpolitischen Instrumente wie Umschulungs- oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen genutzt werden könnten, ohne dass wie bisher längere Arbeitslosigkeit vorangegangen sein müsse.

Der nächste wichtige Punkt beim Job-AQTIV-Gesetz sei die Qualifizierung. Hier sei ein neues Instrument die Job-Rotation. Betriebe, die einem Mitarbeiter die Teilnahme an einer längeren Weiterbildung ermöglichten und einen Arbeitslosen als Vertreter einstellten, erhielten einen Zuschuss von mindestens 50 Prozent der Lohnkosten des Vertreters. Riester sagte, dieses Instrument sei zwar kein

Zaubermittel, aber es könne und werde die Integration von Arbeitslosen fördern.

Auch die Zeitarbeit solle erleichtert werden. Zeitarbeit sei, so Riester, zwar in der Vergangenheit immer wieder kritisiert worden, aber oft seien aus Zeitarbeit reguläre Arbeitsverhältnisse hervorgegangen. Die Überlassungsdauer eines Leiharbeitnehmers an den Entleiher werde von bisher 12 auf nun 24 Monate heraufgesetzt. Ab dem 13. Monat müsse der Verleiher dem Leiharbeiter die Arbeitsbedingungen des Entleihbetriebs gewähren.

Riester vertrat die Ansicht, dass die Arbeitsmarktpolitik auf Grundlage des Job-AQTIV-Gesetzes das Beste sei, was es in Deutschland im vergangenen Jahrzehnt an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gegeben habe. Er kritisierte jedoch, dass dies von den Medien kaum wahrgenommen werde. Diese diskutierten lieber über Kombilohn-Modelle. Riester sagte, dass er es für sinnvoll halte, Unternehmen bei der Einstellung von Mitarbeitern im Niedriglohnbereich finanziell zu entlasten, sofern dies zeitlich befristet sei. Die dauerhafte Subventionierung von Arbeitsplätzen jedoch halte er für falsch und nicht finanzierbar. ◀

Katrin Voß, voss@zew.de

ZEW-Neuerscheinungen

■ Discussion Papers

Martin Falk: *The Impact of Office Machinery and Computer Capital on the Demand for Heterogeneous Labor*, No. 01-66.

Christoph Böhringer; Carsten Helm: *Fair Division with General Equilibrium Effects and International Climate Politics*, No. 01-67.

Christoph Böhringer; Marcel Wickart; André Müller: *Economic Impacts of a Premature Nuclear Phase-Out in Switzerland*, No. 01-68.

Ulrich Kaiser: *The Effects of Website Provision on the Demand for German Women's Magazines*, No. 01-69.

Dirk Czarnitzki; Kornelius Kraft: *Unternehmensleitung und Innovationserfolg*, No. 01-70.

Tobias Hagen: *Do Temporary Workers Receive Risk-Premiums? Assessing the Wage Effects of Fixed-Term Contracts in West-Germany by Matching Estimators Compared with Parametric Approaches*, No. 01-71.

Elisabeth Mueller; Alexandra Spitz: *Managerial Ownership and Firm Performance in German Small and Medium-Sized Enterprises*, No. 01-72.

Markus Frölich; Patrick A. Puhani: *Immigration and Heterogeneous Labor in Western Germany. A Labor Market Classification Based on Nonparametric Estimation*, No. 02-01.

Dirk Engel: *The Impact of Venture Capital on Firm Growth: An Empirical Investigation*, No. 02-02.

ZEW-Termine

■ Expertenseminare

Finanzmarkt-Ökonometrie: Analyse und Prognose von Finanzmärkten (Teil 2: Fortgeschrittene Verfahren), 13. - 14. Februar 2002, ZEW-Gebäude

Verrechnungspreise, 19. Februar 2002, ZEW-Gebäude

Quantitative Wirtschaftspolitik verstehen und kompetent interpretieren, 22. Februar 2002, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Berlin

Methoden der Verhandlungsanalyse, 25. - 26. Februar 2002, Hilton Hotel, Berlin

Computergestützte Stoff- und Energieflussanalysen, 28. Februar, ZEW-Gebäude

Zugang zu Informationen über das EU-Recht – Schwerpunkt Umweltrecht, 12. März 2002, ZEW-Gebäude

Messung und Management von Kreditrisiken, 9. April 2002, ZEW-Gebäude

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie auch auf den ZEW-Internetseiten unter www.zew.de

Wir senden Ihnen auch gerne das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail: pauli@zew.de

ZEW-Intern

Auszeichnung für Dr. Marian Beise und Dr. Carsten Vogt

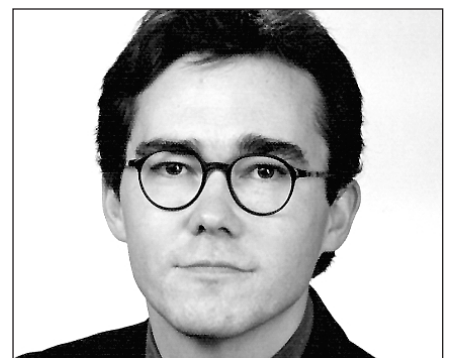
■ Dr. Marian Beise, Wissenschaftler im ZEW-Forschungsbereich Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung, wurde im Dezember 2001 mit dem Gunnar Hedlund Award der Stockholm School of Economics ausgezeichnet.



Dr. Marian Beise

net. Beise erhielt den Preis, der jährlich für die beste englischsprachige Dissertation im Gebiet International Business verliehen wird, für seine Arbeit über Lead Markets. Sein Konzept des Lead Markets besagt, dass ein Unternehmen weltweit erfolgreiche Innovationen entwickeln kann, indem es Marktanalyse und Innovationsentwicklung auf den jeweils führenden Markt konzentriert.

■ Dr. Carsten Vogt, Wissenschaftler im ZEW-Forschungsbereich Umwelt- und Ressourcenökonomie, Umweltmanagement, wurde im November 2001 mit dem Preis für die beste Dissertation des Jahres 2001 der Fakultät Wirtschaftswissenschaften an der Universität Magdeburg ausgezeichnet. In seiner Arbeit

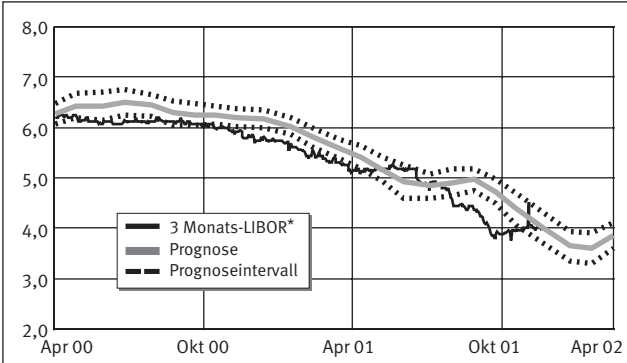


Dr. Carsten Vogt

geht Vogt der Frage nach, wie kooperatives Verhalten in Anreizsituationen erklärt werden kann, in denen die ökonomische Standardtheorie nicht-kooperatives Verhalten rationaler Individuen prognostizieren würde.

Daten und Fakten

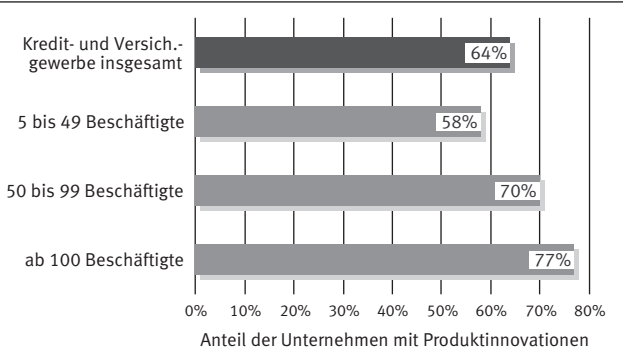
ZEW-Finanzmarkttest im Januar 2002: Großbritannien vor der Wende?



*London Interbank Offered Rate Quelle: Thomson Financial Datastream; ZEW

Die Bank von England hat den Leitzins seit dem 8. November 2001 unverändert belassen. Dies deutet auf einen geringen Zinssenkungsspielraum hin. Tatsächlich erwarten mittelfristig nur noch gut 40 Prozent der Analysten niedrigere Geldmarktzinsen. Am wahrscheinlichsten ist, dass der Zins in sechs Monaten auf dem gleichen Niveau wie derzeit stehen wird. Eine Zinswende scheint aber nicht ausgeschlossen. Gestützt wird dieses Szenario von den optimistischeren Konjunkturaussichten. Mehr als jeder dritte Experte geht von einer Belebung der Konjunktur aus. Auch eine Abwertung des Pfunds, wie fast 60 Prozent der Analysten erwarten, dürfte unterstützend wirken.
Volker Kleff, kleff@zew.de

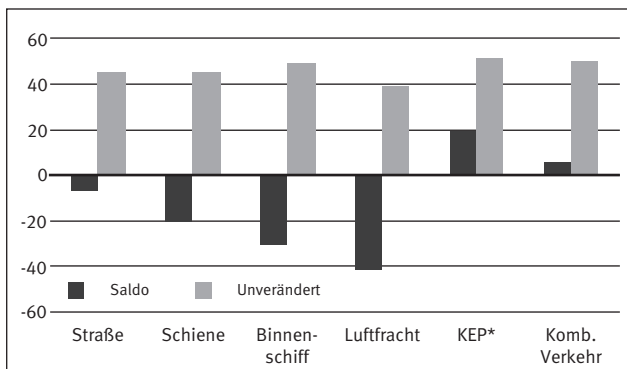
Kredit- und Versicherungsgewerbe: Innovationsaktivitäten stabil auf hohem Niveau



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel, Erhebung 2000

Im Kredit- und Versicherungsgewerbe haben sich die Innovationsaktivitäten 1999 stabil entwickelt. Wie im Vorjahr boten 64 Prozent der Banken und Versicherungen ihren Kunden neue Dienstleistungen an, beispielsweise im Online-Banking oder bei innovativen Anlageprodukten. Die Wahrscheinlichkeit einer Produktinnovation steigt dabei mit der Unternehmensgröße. So führten 77 Prozent der Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten, aber nur 58 Prozent der Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern Produktinnovationen ein. Insgesamt gab die Branche wie im Vorjahr knapp 7,41 Milliarden Euro für die Einführung neuer Dienstleistungen und Verfahren aus.
Bettina Peters, b.peters@zew.de

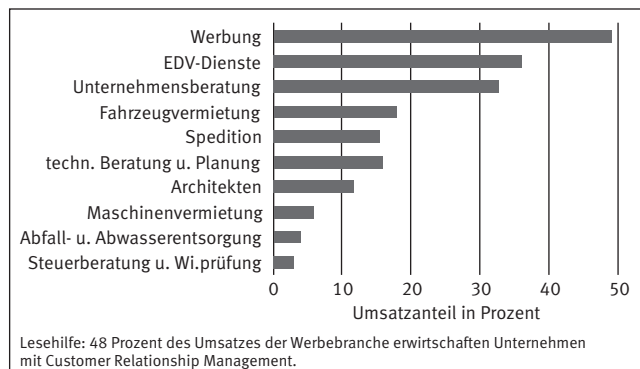
Transportgewerbe in Westeuropa: Kaum Änderungen beim Aufkommen



* Kurier-, Express- und Paketdienste Quelle: ZEW

Die Transportexperten, die Prognos und ZEW vierteljährlich im Rahmen des German Parcel TransportmarktBarometers befragen, sind im vierten Quartal 2001 nicht gerade optimistisch, was das Transportaufkommen in Westeuropa angeht. So sind die Salden der Antworten mit Ausnahme der KEP*-Märkte und überraschenderweise auch des Kombinierten Verkehrs überall negativ. Betrachtet man jedoch die sechs Teilmärkte genauer, zeigt sich, dass nicht die Pessimisten überwiegen, sondern die Experten, die mit einem gleich bleibenden Transportaufkommen rechnen. Vielleicht warten sie nur auf ein Zeichen aus Industrie und Handel, das einen Aufwärtstrend einläuten könnte.
Georg Bühler, buehler@zew.de

Einsatz von Customer Relationship Management bei unternehmensnahen Dienstleistern



Lesehilfe: 48 Prozent des Umsatzes der Werbebranche erwirtschaften Unternehmen mit Customer Relationship Management.

Quelle: ZEW; Creditreform

Im vierten Quartal 2001 setzen erst 20 Prozent der unternehmensnahen Dienstleister ein softwaregestütztes Management der Kundenbeziehung (Customer Relationship Management) ein. Vorreiter sind vor allem die Unternehmen der Branchen Werbung, EDV-Dienstleistung und Unternehmensberatung. Ein Customer Relationship Management ermöglicht einen gezielten und individuellen Kundenkontakt. Da dieser gerade im Dienstleistungssektor wichtig ist, in dem die meisten Leistungen in enger Interaktion mit dem Kunden erstellt werden, dürfte das Customer Relationship Management für die unternehmensnahen Dienstleister in Zukunft immer wichtiger werden.
Margit Vanberg, vanberg@zew.de



standpunkt

Gesundheitsreform

Es bedarf nur kurzen Nachdenkens, um die Umgestaltung des Gesundheitssystems in Deutschland als das wichtigste und zugleich schwierigste Reformprojekt der kommenden Monate zu identifizieren. Dabei ist Eile geboten. Gleichwohl braucht das Rad nicht neu erfunden zu werden, da zielführende Vorschläge auf dem Tisch liegen.

Bedauerlicherweise wählt die öffentliche Diskussion häufig einen vordergründigen Ausgangspunkt, nämlich die Stabilität der Beiträge zur (gesetzlichen) Krankenversicherung. Warum soll es den Leuten verwehrt sein, einen möglichst umfassenden und qualitativ anspruchsvollen, allerdings effizienten Gesundheitsdienst in Anspruch zu nehmen, vorausgesetzt sie sind bereit, dafür zu zahlen? Problematisch wird es, wenn durch Umverteilung Dritte zur Kasse gebeten werden. Genau das geschieht aber hierzulande.

Erstens zahlen Unternehmen auf Grund des Arbeitgeberbeitrags einen Teil der Krankenversicherungsbeiträge. Die dadurch gestiegenen Lohnzusatzkosten gefährden die Schaffung dringend benötigter Arbeitsplätze. Daher besteht eine sinnvolle Lösung darin, dass die Unternehmen die Arbeitsentgelte in etwa im Umfang des Arbeitgeberbeitrags erhöhen und die Beschäftigten fortan allein für die Entrichtung der Krankenversicherungsbeiträge zuständig sind.

Zweitens sind Familienangehörige in der gesetzlichen Krankenversicherung nahezu beitragsfrei. Wieso eigentlich, da die ohne Zweifel notwendige Förderung der Familien doch wohl ein gesamtgesellschaftliches Anliegen darstellt, zu dessen Finanzierung alle Steuerzahler herangezogen werden sollten und nicht nur die Beitragszahler der gesetzlichen Krankenversicherung? Mithin sollte diese Beitragsfreiheit ersatzlos gestrichen und die allfällige Familienförderung über das Steuersystem geregelt werden.

Drittens steigen die Beitragszahlungen zur gesetzlichen Krankenversicherung mit steigendem Arbeitseinkommen (bis zu einer Höchstgrenze). Warum? Leiden Besserverdienende

unter kostspieliger zu kurierenden Krankheiten? Ist die in diesem Zusammenhang vielfach beschworene Solidarität nicht wieder eine Aufgabe der Gemeinschaft aller Bürger und nicht nur der Bezieher von Arbeitseinkommen und schon gar nicht nur der Beitragszahler? Konsequenterweise besteht die Remedur dieser Schieflage in risikoäquivalenten Pro Kopf-Krankenversicherungsbeiträgen für jeden Versicherten. Der Solidarität ist durch das Steuersystem und gegebenenfalls durch Transferzahlungen Rechnung zu tragen. Damit wäre die Finanzierungsseite geregelt.

Versicherungspflicht sollte nur für eine medizinisch notwendige Grundversorgung bestehen. Was im Einzelnen dazu gehört, muss die Gesellschaft, vertreten durch das Parlament, entscheiden, weil damit Werturteile verbunden sind. Zu denken wäre aber an den Ausschluss von Kuren, die kostenlose Behandlung von Verletzungen aus (Risiko-) Sportaktivitäten und die Einschränkung der freien Wahl von Arztpraxen und Krankenhäusern, die sich stattdessen in der Obhut der betreffenden Krankenkasse befinden können. Wer darüber hinaus gehende Leistungen oder Wahlmöglichkeiten wünscht, schließt gemäß seinen Präferenzen und auf eigene Rechnung entsprechende Zusatzversicherungen ab. Über alle in Anspruch genommenen Leistungen erhalten die Patienten zwecks Kontrolle eine (Durchschrift der) Rechnung. Damit wäre die Ausgabenseite geregelt.

Die Funktionstüchtigkeit und damit die Effizienz des Gesundheitswesens wird durch einen Wettbewerb aller Krankenkassen sichergestellt, denen allerdings ein Kontrahierungszwang aufzuerlegen ist. Der Risikostrukturausgleich wird wohl nicht entfallen können, muss indessen soweit abgeschmolzen werden, dass genügend hohe Wettbewerbsanreize bestehen.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-Mail buscher@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher